

Personal- und Organisationscontrolling

Bericht zur Entwicklung von **Personalbestand und Personalaufwand** bei der Stadt Hagen im **3. Quartal 2019**

Berichtszeitraum:	01.07.2019 bis 30.09.2019
Berichtsstichtag:	30.09.2019

Inhalt

I. Personalbestand	3
1. Begriffsbestimmungen	3
2. Personalbestand im 3. Quartal 2019	5
2.1. Beschäftigungsverhältnisse Stadt Hagen zum Berichtsstichtag	5
2.2. Gesamtverwaltung	6
2.2.1. Entwicklung des Personalbestands im Berichtszeitraum	6
2.2.2. Personalbestand nach Vorstandsbereichen	7
2.2.3. Stammkräfte	9
2.2.3.1. Fluktuationsbilanz	9
2.2.3.2. Neue unbefristete Beschäftigungsverhältnisse	9
2.2.4. Befristete Beschäftigungen	13
2.2.4.1. Fluktuationsbilanz	13
2.2.4.2. Neue befristete Beschäftigungsverhältnisse	13
2.2.4.3. Befristete Beschäftigungen im 3. Quartal 2019	15
2.2.5. Ausgewählte Berufsgruppen	18
2.2.5.1. Feuerwehrtechnischer Dienst	18
2.2.5.2. Kindertagesstätten	18
2.2.5.3. Objektbetreuung und Reinigung	19
2.2.6. Ausbildungsverhältnisse	20
II. Personalaufwand	22
1. Begriffsbestimmungen	22
2. Personalaufwendungen und -erträge	23
2.1. Gesamtaufwendungen	23
2.2. Erträge	26

Hinweis zur Sprachregelung

Der Artikel „der“, „die“ oder „das“ ist bei Personenbezeichnungen und bei der Bezeichnung von Personengruppen nicht generell als Markierung des Geschlechts zu verstehen (Institut für deutsche Sprache, Mannheim). Dies gilt auch für den vorliegenden Bericht. Zur besseren Lesbarkeit wird hier nur die männliche Form verwendet, sie steht gleichermaßen für alle Geschlechter.

I. Personalbestand

1. Begriffsbestimmungen

Beschäftigte

Als Beschäftigte gelten alle in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis oder arbeitsvertraglichen Beschäftigungsverhältnis mit der Stadt Hagen stehenden Personen.

Beamte

Beamte sind im beamtenrechtlichen Sinn Bedienstete, die in einem besonderen gesetzlich geregelten öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehen. Hierzu zählen als kommunale Wahlbeamte auch der Oberbürgermeister und die Beigeordneten.

Tarifbeschäftigte

Beschäftigte, die dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) unterliegen, werden als Tarifbeschäftigte bezeichnet. Personen, die im Rahmen einer Vereinbarung nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz (BFDG) tätig sind, werden zur Vereinfachung ebenfalls den Tarifbeschäftigten zugeordnet.

Stammkraft

Bei dem Begriff „Stammkräfte“ handelt es sich um **unbefristet** und zum Berichtsstichtag **aktiv** Beschäftigte der Stadt Hagen und ihrer rechtlich unselbständigen Eigenbetriebe. Die Gesamtheit aller Stammkräfte wird auch als Stammpersonal bezeichnet.

Zu den Stammkräften zählen nicht:

Befristete Beschäftigungsverhältnisse

- befristet Beschäftigte inkl. Wahlbeamte
- Aushilfen

Besondere Beschäftigungsverhältnisse

- Auszubildende und entgeltliche Praktikanten
- Mitarbeiter im Bundesfreiwilligendienst (BFD)

Nicht-aktive Beschäftigungsverhältnisse

- Mitarbeiter in Elternzeit, Beurlaubung, Rente auf Zeit, Aussteuerung (ruhende Beschäftigungen)
- Mitarbeiter in der Freistellungsphase der Altersteilzeit (ATZ)

Vollzeitkraft (VZK)

Die Darstellung des Personalbestands erfolgt regelmäßig auch vollzeitverrechnet. Die Umrechnung von Kopffzahlen auf VZK geschieht unter Berücksichtigung der individuellen Teilzeitfaktoren der Beschäftigten. Dabei gilt für Tarifbeschäftigte eine regelmäßige wöchentliche Sollarbeitszeit von durchschnittlich 39 Stunden. Für Beamte beträgt diese durchschnittlich 41 Stunden, sie verringert sich mit Ablauf des Tages der Vollendung des 55. Lebensjahres auf 40 Stunden und des 60. Lebensjahres auf 39 Stunden. Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit für schwerbehinderte Beamte liegt bei durchschnittlich 39,50 Stunden ab dem Grad der Behinderung von mindestens 50 und 39 Stunden ab einem Grad der Behinderung von mindestens 80.

Gesamtverwaltung

Zur Gesamtverwaltung zählen alle Ämter, Fachbereiche und sonstigen Organisationseinheiten der Stadt Hagen. Beschäftigte, die im Rahmen von Personalgestellungen bei anderen Einrichtungen tätig sind, werden ebenfalls der Gesamtverwaltung zugerechnet.

Eigenbetrieb

Ein Eigenbetrieb ist eine besondere öffentlich-rechtliche Unternehmensform ohne eigene Rechtspersönlichkeit auf der Grundlage der Gemeindeordnung. Er stellt ein Sondervermögen dar, das gesondert vom Kommunalhaushalt zu verwalten ist und eine eigene Wirtschafts-, Erfolgs-, Finanz- und Vermögensplanung besitzt. Aktuell wird nur der Hagerer Betrieb für Informationstechnologie (HABIT) nach den Bestimmungen der Eigenbetriebsverordnung (EigVO) geführt.

Konzernbereich

Die Stadt Hagen ist in verschiedenen Bereichen der Daseinsvorsorge sowohl unmittelbar als auch mittelbar an Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit - in privater und öffentlich-rechtlicher Form - beteiligt. Dabei umfasst das kommunale Beteiligungsportfolio Eigengesellschaften bis hin zu Kleinbeteiligungen sowie Anstalten des öffentlichen Rechts. Es bestehen **keine** Dienst- oder Beschäftigungsverhältnisse mit der Stadt Hagen.

Personalkosten-relevante Beschäftigtenzahlen

Als personalkostenrelevant gelten grundsätzlich alle aktiven Beschäftigungsverhältnisse der Stadt Hagen. Die Beschäftigtenzahlen von Eigenbetrieben finden jedoch keine Berücksichtigung, da für sie kein unmittelbarer Ausweis in den Personalaufwendungen des kommunalen Kernhaushaltes erfolgt.

2. Personalbestand im 3. Quartal 2019

2.1. Beschäftigungsverhältnisse Stadt Hagen zum Berichtsstichtag

Aktive Beschäftigungsverhältnisse

Beschäftigte	Gesamtverwaltung		HABIT		Σ VZK	Σ Kopfz.
	VZK	Kopfz.	VZK	Kopfz.		
Stammkräfte	2.232,33	2.626	82,71	84	2.315,04	2.710
Befristete	103,99	131	1,00	1	104,99	132
Aushilfen	7,98	29	0,00	0	7,98	29
Azubis	93,50	94	6,00	6	99,50	100
Praktikanten	15,00	15	0,00	0	15,00	15
BFD	22,64	23	0,00	0	22,64	23
	2.475,44	2.918	89,71	91	2.565,15	3.009

davon:

Beamte	598,06	631	15,90	16	613,96	647
Tarifbeschäftigte	1.877,38	2.287	73,81	75	1.951,19	2.362

Nicht-aktive Beschäftigungsverhältnisse

Beschäftigte	Gesamtverwaltung		HABIT		Σ VZK	Σ Kopfz.
	VZK	Kopfz.	VZK	Kopfz.		
In ATZ-Freiphase	38,17	42	1,00	1	39,17	43
ruhende Besch.	84,56	117	0,00	0	84,56	117
	122,73	159	1,00	1	123,73	160

davon:

Beamte	23,45	27	1,00	1	24,45	28
Tarifbeschäftigte	99,28	132	0,00	0	99,28	132

2.2. Gesamtverwaltung

2.2.1. Entwicklung des Personalbestands im Berichtszeitraum

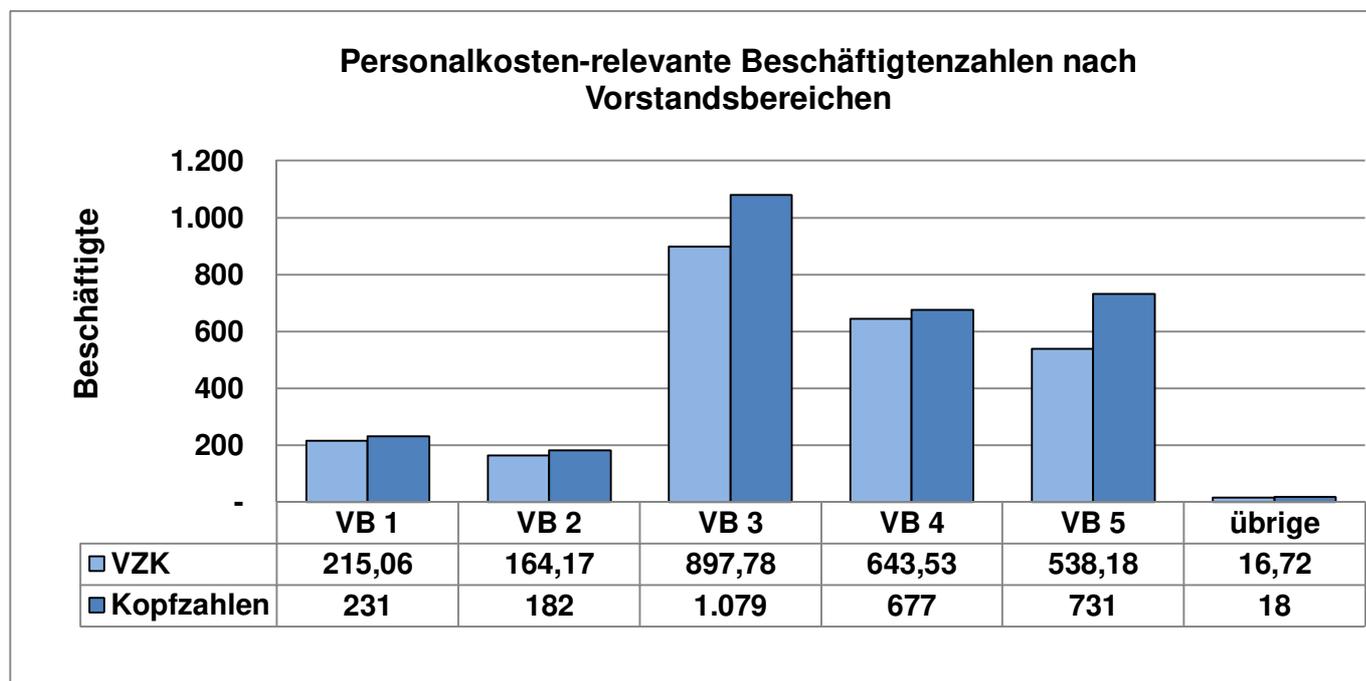
Personalkosten-relevante Beschäftigtenzahlen ("vollzeitverrechnet")

	30.06.2019	30.09.2019	Entwicklung	
			absolut	in Prozent
Stammkräfte	2.166,44	2.232,33	65,89	3,0 %
Befristete	127,90	103,99	-23,91	-18,7 %
Aushilfen	7,46	7,98	0,52	7,0 %
Azubis	94,60	93,50	-1,10	-1,2 %
Praktikanten	11,00	15,00	4,00	36,4 %
BFD	23,00	22,64	-0,36	-1,6 %
	2.430,40	2.475,44	45,04	1,9 %

Personalkosten-relevante Beschäftigtenzahlen* ("Kopfzahlen")

	30.06.2019	30.09.2019	Entwicklung	
			absolut	in Prozent
Stammkräfte	2.556	2.626	70	2,7 %
Befristete	163	131	-32	-19,6 %
Aushilfen	27	29	2	7,4 %
Azubis	95	94	-1	-1,1 %
Praktikanten	11	15	4	36,4 %
BFD	23	23	0	0,0 %
	2.875	2.918	43	1,5 %

2.2.2. Personalbestand nach Vorstandsbereichen



VB 1 Vorstandsbereich des Oberbürgermeisters

OB/B	Büro des Oberbürgermeisters
01	Stadtkanzlei
FB 11	Fachbereich Personal und Organisation - Arbeitssicherheit (11/AS)*
14	Rechnungsprüfungsamt
OB/SchwV	Schwerbehindertenvertretung*
DSB	Behördlicher Datenschutz*
OB/GB	Gleichstellungsstelle*
GPR	Gesamtpersonalrat

*) weisungsfrei bzw. OB direkt unterstellt

VB 2 Vorstandsbereich für Finanzen, Controlling und interne Dienste

FB 20	Fachbereich Finanzen und Controlling
FB 25	Fachbereich Zentrale Dienste
TFD	Task Force Digitalisierung
BC	Strategisches Beteiligungscontrolling
KF	Koordinierung Fördermittelmanagement

VB 3 Vorstandsbereich für Jugend und Soziales, Bildung und Kultur

FB 48	Fachbereich Bildung
FB 49	Fachbereich Kultur
FB 55	Fachbereich Jugend und Soziales Jobcenter

VB 4 Vorstandsbereich für Recht, Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Bürgerdienste und Umwelt

30	Rechtsamt
FB 32	Fachbereich Öffentliche Sicherheit, Verkehr, Bürgerdienste und Personenstandswesen
37	Amt für Brand- und Katastrophenschutz
FB 53	Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz
69	Umweltamt

VB 5 Vorstandsbereich für Stadtentwicklung, Bauen und Sport

FB 60	Fachbereich Immobilien, Bauverwaltung und Wohnen
FB 61	Fachbereich Stadtentwicklung, -planung und Bauordnung
62	Amt für Geoinformation und Liegenschaftskataster
FB 65	Fachbereich Gebäudewirtschaft Hagen (GWH)
SZS	Servicezentrum Sport

übrige:

Neben personalwirtschaftlichen Einzelmaßnahmen werden hier auch die diversen Personalgestellungen (z. B. CVUA Westfalen, Beamte bei städt. Gesellschaften) ausgewiesen.

2.2.3. Stammkräfte

2.2.3.1. Fluktuationsbilanz

	Bestand zum 30.06.2019 in VZK		
	2.166,44		
Zugänge	VZK	VZK	Abgänge
Stundenerhöhungen	6,66	-4,38	Stundenreduzierungen
Zugänge aus ruhenden Beschäftigungen	10,58	-9,87	Abgänge in ruhende Beschäftigungen
unbefristete Übernahmen aus Eigenbetrieben / Konzernbereichen	0,48	-1,00	Abgänge in Eigenbetriebe / Konzernbereiche
externe unbefristete Einstellungen	28,17	-5,96	Übergang in Versorgung, Renteneintritt (Altersgründe)
unbefristete Übernahmen von bisher befristet Beschäftigten	32,97	-0,26	Übergang in Versorgung, Renteneintritt (DU, EU)
unbefristete Übernahmen von Azubis	28,00	0,00	Beginn der Freistellungsphase ATZ
		-17,11	Versetzungen, Kündigungen, Auflösungsverträge
		-2,39	Tod
Summe Zugänge	106,86	-40,97	Summe Abgänge
	Bestand zum 30.09.2019 in VZK		
	2.232,33		

2.2.3.2. Neue unbefristete Beschäftigungsverhältnisse

Neben Stundenausweitungen und der Reaktivierung ruhender Beschäftigungen erhöhen Einstellungen neuer Stammkräfte die Gesamtzahl der aktiven unbefristeten Beschäftigungsverhältnisse. Solche Zugänge werden unterschieden nach

- externen unbefristeten Einstellungen
- unbefristeten Übernahmen von bisher befristet Beschäftigten
- unbefristeten Übernahmen von Azubis
- unbefristeten Übernahmen aus Eigenbetrieben / Konzernbereichen

Externe unbefristete Einstellungen sowie Entfristungen werden grundsätzlich nur restriktiv vorgenommen. Bei Nachfolgebesetzungen im technischen, sozialen und medizinischen Bereich werden sie oftmals erforderlich. Auch im nichttechnischen Verwaltungsdienst können nicht immer alle Bedarfe intern gedeckt werden. Nach wie vor resultieren externe Einstellungen auch aktuell aus der Entscheidung, den kommunalen Personalanteil im Jobcenter sukzessive bis zur Parität zu erhöhen.

Die Zahl der Ausbildungsverhältnisse in der Gesamtverwaltung war bis 2012 stark zurückgegangen, in den Jahren 2010 und 2011 wurden z. B. überhaupt keine Auszubildenden für den Verwaltungsbereich eingestellt. Aufgrund des Fachkräftemangels in den Kommunalverwaltungen ist Personalgewinnung und -bindung u. a. durch Ausbildung ein Schwerpunktthema des Personalmanagements. Seit einigen Jahren engagiert sich die Stadt Hagen wieder verstärkt im Bereich Ausbildung. Nach dem Tiefststand von 2012 ist die Zahl der Ausbildungsverhältnisse - insbesondere auch im nichttechnischen Verwaltungsdienst - inzwischen wieder erheblich gestiegen. Dies schlägt sich im aktuellen Quartal erneut durch eine deutliche Anzahl an unbefristeten Übernahmen von Azubis nieder.

Die nachfolgenden Listen weisen die im 3. Quartal 2019 erfolgten Zugänge detailliert aus.

externe unbefristete Einstellungen

Amt / FB	Besoldung / Entgelt	VZK	Tätigkeit / Aufgabenbereich
20	E08	1,00	Geschäftsbuchhaltung, Nachfolgebesetzung
37	A7	1,00	Brandmeister, Vakanz im feuerwehrtechn. Dienst
	A10L2E1	1,00	Brandoberinspektor, Nachfolgebesetzung
48	E06	2,00	Schulsekretariate, Nachfolgebesetzungen
53	S12	1,00	Streetworker - sozialpsychiatrischer Dienst
55/3	S11B	0,50	Fachberatung OGS, Nachfolgebesetzung
	S12	1,00	Bezirksjugendpfleger, Nachfolgebesetzung
		1,00	Streetworker - Drogenhilfe
55/4	E02	0,26	Hauswirtschaftskraft, Nachfolgebesetzung
55/7	E09C	1,00	SB SGB XII, Nachfolgebesetzung
55/6	S14	4,77	5 Sozialarbeiter, ASD / Nachfolgebesetzung
61	E12	1,00	techn. SB Freiraum- und Grünordnungsplanung
65	E04	1,00	Objektbetreuer
	E08	2,00	techn. Betreuung Feuerwehrgebäude
69	E11	1,00	techn. SB Abfallwirtschaft
Jobcenter	E09C	8,64	9 MA, Aufstockung komm. Anteil
SZS	E05	1,00	Pflege städtischer Sportanlagen
		28,17	

unbefristete Übernahmen von bisher befristet Beschäftigten

Amt / FB	Besoldung / Entgelt	VZK	Tätigkeit / Aufgabenbereich
32/2	E09C	1,00	SB Ausländerbehörde
48	E03	0,15	VHS Hausbetreuung
	E06	0,87	Schulsekretariat
53	E06	1,00	Verwaltungsaufgaben im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst
55/0	E09A	0,50	SB Rechnungsstelle
55/3	E05	0,50	Sekretariatskraft in der Schulpsychologischen Beratungsstelle
	E07	0,50	Verwaltungsaufgaben im Kommunalen Integrationszentrum
	S11B	1,00	Schulsozialarbeiter
55/4	E02	0,23	Hauswirtschaftskraft
	S04	3,50	4 Kinderpfleger
	S08A	14,04	17 Erzieher
55/5	E09A	0,50	Verwaltungsaufgaben im Quartiersmanagement
	S11B	1,68	2 MA Sozialdienst für Flüchtlinge und Asylbewerber
61	E02	0,50	Digitalisierung Mikrofilmarchiv
	E11	1,00	techn. SB Verkehrsplanung / Mobilität, Barrierefreiheit im ÖPNV (Nachtrag)
65	E04	1,00	Objektbetreuer (frühere Aushilfe)
	E11	4,00	Ingenieure, KP III, Gute Schule 2020
69	E11	1,00	Stadtplaner/Verkehrsplaner "Nachhaltige Mobilität"
		32,97	

unbefristete Übernahmen von Azubis

Amt / FB	Besoldung / Entgelt	VZK	Tätigkeit / Aufgabenbereich
20	A9L2E1	1,00	SB Investitionsplanung / Bachelor of Arts
	E08	1,00	SB Grundbesitzabgaben u. a. / Verwaltungsfachang.
30	A9L2E1	1,00	SB Haftpflichtschäden u. a. / Bachelor of Laws
32/S	E08	1,00	SGL Geschwindigkeitsauswertung / Verwaltungsfach.
32/0	E08	1,00	SB Bußgeldstelle / Verwaltungsfachang.
32/1	E08	2,00	SB Fahrerlaubnisse / Verwaltungsfachang.
32/2	A9L2E1	1,00	SB Ausländerbehörde / Bachelor of Laws
32/3	E08	1,00	SB Bürgerservice / Verwaltungsfachang.
37	A7	13,00	fwtd / ehem. Brandmeister-Anwärter
48	A9L2E1	1,00	Controlling / Bachelor of Arts
	E07	1,00	Fachang. für Medien- und Informationsdienste
55/4	E08	1,00	SB Elternbeiträge / Verwaltungsfachang.
55/7	E08	1,00	SB Rentenversicherung / Verwaltungsfachang.
	E09C	1,00	SB SGB XII / Bachelor of Arts
61	A10L2E1	1,00	Bauoberinspektor
		28,00	

unbefristete Übernahmen von Eigenbetrieben / Konzernbereichen

Amt / FB	Besoldung / Entgelt	VZK	Tätigkeit / Aufgabenbereich
65	E01	0,48	Reinigungskraft / von GIS
		0,48	

2.2.4. Befristete Beschäftigungen

2.2.4.1. Fluktuationsbilanz

		Bestand zum 30.06.2019 in VZK			
		127,90			
Zugänge	VZK	VZK	Abgänge		
Stundenerhöhungen	3,52	-1,85	Stundenreduzierungen		
ruhende Beschäftigungen	0,77	0,00	ruhende Beschäftigungen		
befristete Einstellungen	20,58	-31,97	unbefristete Übernahmen		
		-14,96	Beschäftigungsende		
Summe Zugänge	24,87	-48,78	Summe Abgänge		
		Bestand zum 30.09.2019 in VZK			
		103,99			

2.2.4.2. Neue befristete Beschäftigungsverhältnisse

In der Gesamtverwaltung ergeben sich regelmäßig befristete Personalbedarfe.

Befristete Arbeitsverträge werden nur restriktiv und in der Regel nach § 14 Abs. 1 TzBfG (mit Sachgrund) geschlossen. Die häufigsten Sachgründe sind Vertretungen, befristete Bedarfe, Förderprogramme und Projekte sowie im Kita-Bereich die integrative Erziehung. Sofern zum Einstellungszeitpunkt noch nicht feststeht, ob ein dauerhafter Bedarf an Personal besteht und/oder wenn der Befristungsgrund nicht rechtssicher ist (dies ist gelegentlich bei Förderprogrammen der Fall) werden Arbeitsverträge nach § 14 Abs. 2 TzBfG (ohne Sachgrund) geschlossen.

Eine detaillierte Aufstellung der im 3. Quartal 2019 erfolgten Zugänge zeigt nachfolgende Liste.

Amt / FB	Besoldung / Entgelt	VZK	Tätigkeit / Aufgabenbereich
11	E12	1,00	Projekt VolmeGalerie
37	E04	2,00	Rettungssanitäter (Sicherstellung Dienstbetrieb)
48	E09C	0,26	SB Lehrer- und Schülerangelegenheiten
55/3	E13	0,23	Schulpsychologe / Vertretung
			7 Kinderpfleger, davon
55/4	S04	4,50	2 MA Vertretung (2 VZK) 1 MA Förderprogramm (0,5 VZK) 4 MA U3-Pauschale (2 VZK)
			10 Erzieher, davon
	S08A	8,00	8 MA Vertretung (6 VZK) 2 MA Integrative Erziehung (2 VZK)
	S08B	0,50	Erzieher, Förderprogramm "Sprach-Kita"
55/5	E03	0,09	Männerasyl
65	E11	1,00	Ingenieur, KP III, Gute Schule 2020
69	E10	1,00	techn. SB Allg. Hochwasserschutz und -vorsorge
Jobcenter	E09C	2,00	SB Arbeitsvermittlung

20,58

2.2.4.3. Befristete Beschäftigungen im 3. Quartal 2019

Eine nach Art und Umfang detaillierte Darstellung aller befristeten Beschäftigungsverhältnisse soll regelmäßig zum Ende des dritten Quartals erfolgen. Die nachstehende Tabelle zeigt auf, in welchen Bereichen zum Berichtsstichtag befristete Beschäftigungsverhältnisse bestehen.

Amt / FB	Bestand am 30.09.2019		Tätigkeit / Aufgabenbereich
	VZK	Kopfzahlen	
Verwaltungsvorstand	5,00	5	Oberbürgermeister und Beigeordnete - Wahlbeamte
11 – Fachbereich Personal und Organisation	2,00	2	Internes Consulting Projekt VolmeGalerie (Flächennutzung d. Verwaltung)
20 – Fachbereich Finanzen und Controlling	1,56	3	Bilanzbuchhaltung (0,50 VZK) Stammdatenmanagement (0,56 VZK) - Vertretung Vollstreckungsdienst (0,50 VZK) - üpl. Bedarf
32 – Fachbereich Öffentliche Sicherheit, Verkehr, Bürgerdienste und Personenstandswesen	9,93	12	4 SB Bußgeldstelle (3,64 VZK) 1 SB Fahrerlaubnisbehörde 3 SB Zulassungsbehörde 3 SB Ausländerbehörde (1,52 VZK) 1 SB Bürgerservice (0,77 VZK)
37 – Amt für Brand- und Katastrophenschutz	8,21	9	Notarzt (0,21 VZK) 7 Rettungssanitäter - Sicherstellung Dienstbetrieb KFZ-Mechatroniker / weitere befr. Übernahme nach Ausbildung
48 – Fachbereich Bildung	2,80	5	SB Lehrer- und Schülerangelegenheiten (0,26 VZK) - befristeter Bedarf Dipl.-Bibliothekar (0,91 VZK) - Vertretung Programm "Bildung integriert" - Projekt Weiterbildungslehrer VHS (0,50 VZK) - Vertretung Cafeteria VHS (0,13 VZK)
53 – Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz	1,38	3	SB Projekt "GEWINN Hagen" SB Sozialpsychiatrischer Dienst (0,15 VZK) Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin (0,23 VZK) - Vertretung

Amt / FB	Bestand am 30.09.2019		Tätigkeit / Aufgabenbereich
	VZK	Kopf- zahlen	
<u>55 – Fachbereich Jugend und Soziales</u>			
55/3 – Angebote für Kinder, Jugendliche und junge Menschen	2,23	3	Kommunales Integrationszentrum KI - 1 Sozialarbeiter - 1 MA "Koordination der Bildungsangebote für Neuzugewanderte" - befristetes Förderprojekt Schulpsychologe (0,23 VZK) - Vertretung
55/4 – Tagesbetreuung für Kinder	46,41	61	37 Erzieher, 23 Kinderpfleger, 1 Hauswirtschaftskraft
55/5 – Hilfen für Migranten und Wohnungs- notfälle	0,09	1	Männerasyl
55/6 – Erziehungshilfen	2,00	2	Sozialarbeiter ASD - Vertretung
61 – Fachbereich Stadtentwicklung, -planung und Bauordnung	2,00	3	Archäologe, denkmalschutzrechtl. SB von Boden- denkmälern (0,50 VZK) techn. SB Verkehrsplanung / Radverkehrsplanung Verwaltungsaufgaben im Projekt "Freizeitentwicklung Hengsteysee - Harkortsee" (0,50 VZK)
62 – Amt für Geo- information und Liegenschafts- kataster	1,00	1	Vermessungstechniker - ehem. Azubi, kein dienstl. Dauerbedarf
65 – Fachbereich Gebäudewirtschaft	2,50	3	Ingenieur, KPIII, Gute Schule 2020 Bauzeichner (0,50 VZK) / befr. Übernahme nach Ausb. Elektroniker / befr. Übernahme nach Ausbildung
69 – Umweltamt	13,50	14	Projekt "Waste Watcher" - 7 MA Außendienst, 2 MA SB OWiG (ab 01.10.2019 FB 32), 1 MA SB Abfallwirtschaft techn. SB Allg. Hochwasserschutz und -vorsorge 2 techn. SB Altlasten / Bodenschutz Baumpfleger, SB Baumpflegesatzung (0,50 VZK)

Amt / FB	Bestand am 30.09.2019		Tätigkeit / Aufgabenbereich
	VZK	Kopf- zahlen	
Jobcenter	3,00	3	SB Arbeitsvermittlung
SZS – Servicezentrum Sport	0,38	1	Kartenverkauf Kanu-Strecke Hohenlimburg
insgesamt	103,99	131	

2.2.5. Ausgewählte Berufsgruppen

Im Allgemeinen ist die Kommunalverwaltung ein Gebiet mit überwiegend administrativen Berufen. Beschäftigte im nichttechnischen Verwaltungsdienst können in den Ämtern und Fachbereichen grundsätzlich flexibel eingesetzt werden. Darüber hinaus gibt es Bereiche, in denen die Aufgabenwahrnehmung besondere Qualifikationen erfordert. Nachfolgend werden einige solcher Berufsgruppen differenzierter betrachtet.

2.2.5.1. Feuerwehrtechnischer Dienst

Der feuerwehrtechnische Dienst ist Teil des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz. Die Bereiche Verwaltung, Technik und Vorbeugung zählen hier nicht zu. Zum Berichtsstichtag waren im feuerwehrtechnischen Dienst beschäftigt:

	Feuerwehr		Rettungsdienst		gesamt	
	VZK	Kopfz.	VZK	Kopfz.	VZK	Kopfz.
Stammkräfte						
Beamte	151,50	152	86,00	86	237,50	238
Tarifbeschäftigte			9,27	10	9,27	10
Befristete (Tarif)			7,21	8	7,21	8
	151,50	152	102,48	104	253,98	256
Azubis					19,00	19

Lediglich drei der Beamten sind weiblich. Von den insgesamt 18 Tarifbeschäftigten sind sieben Frauen. Ein Feuerwehrbeamter und drei weibliche Tarifbeschäftigte arbeiten in Teilzeit. Unter den 19 Anwärtern ist keine Frau. Damit sind im feuerwehrtechnischen Dienst zu mehr als 96 % Männer tätig.

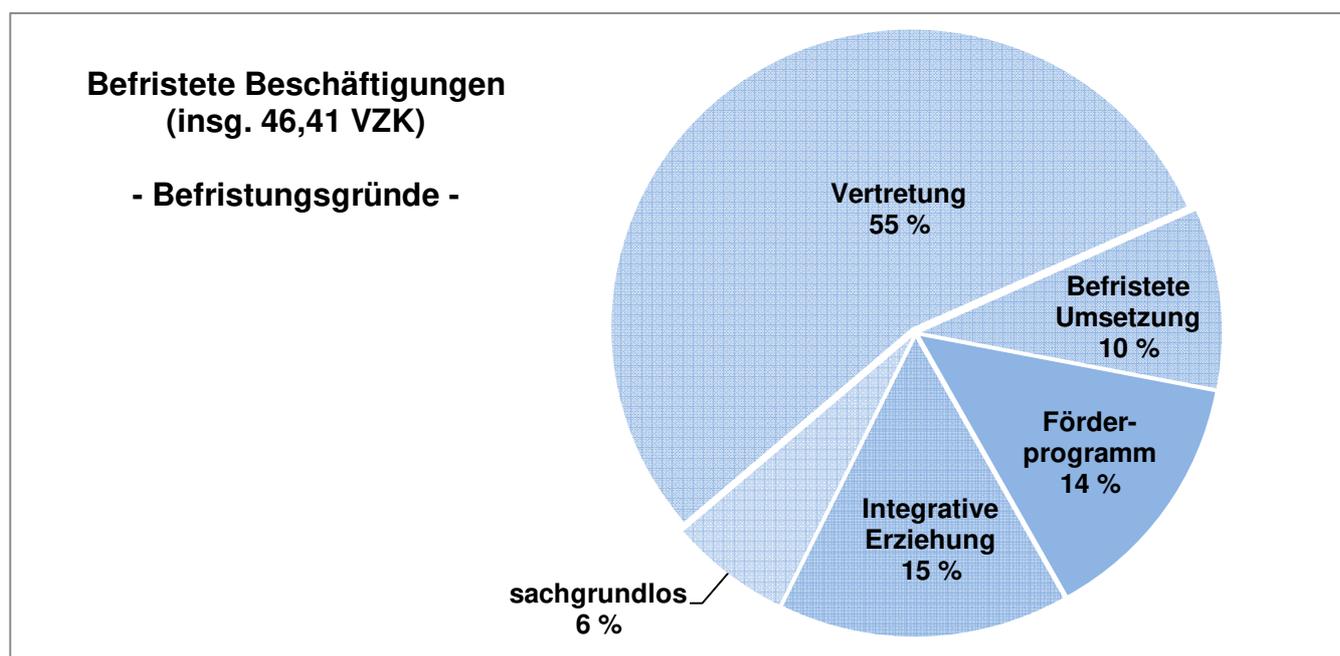
2.2.5.2. Kindertagesstätten

In den 23 städtischen Kindertageseinrichtungen waren zum Berichtsstichtag beschäftigt:

	Erzieher		Kinderpfleger		Hauswirtschaftskräfte		gesamt	
	VZK	Kopfz.	VZK	Kopfz.	VZK	Kopfz.	VZK	Kopfz.
Stammkräfte	159,58	186	45,82	56	4,68	21	210,08	263
Befristete	29,88	37	16,4	23	0,13	1	46,41	61
	189,46	223	62,22	79	4,81	22	256,49	324
Azubis							9,00	9
Praktikanten							14,00	14

Nur neun Erzieher und ein Kinderpfleger sind männlich, außerdem drei Praktikanten. In den Tagesstätten arbeiten somit zu mehr als 96 % Frauen, davon rd. 41 % in Teilzeit.

Mehr als 80 % der Mitarbeiter sind unbefristet beschäftigt. Um die gesetzlichen Vorgaben des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) hinsichtlich des Personalschlüssels in den städtischen Kindertageseinrichtungen zu erfüllen, werden regelmäßig befristete Einstellungen bzw. Weiterbeschäftigungen erforderlich. Diese sind überwiegend bedingt durch Vertretungserfordernisse wegen Beschäftigungsverbots- und Mutterschutzzeiten sowie durch Elternzeitvertretungen oder Vertretungen wegen befristeter Arbeitszeitreduzierungen. Auch für befristet umgesetzte Stammkräfte werden für den Zeitraum der Umsetzung Vertretungen eingestellt. Darüber hinaus sind befristete Beschäftigungen an besondere Maßnahmen wie die Betreuung von Integrativkindern gekoppelt oder werden im Rahmen von Förderprogrammen wie plus-Kita, Sprach-Kita und der zusätzlichen U-3-Pauschale geschlossen. Einige befristete Arbeitsverträge bestehen außerdem aufgrund von Vakanzen.



2.2.5.3. Objektbetreuung und Reinigung

Im Fachbereich Gebäudewirtschaft / Objektbetreuung und Reinigung waren zum Berichtsstichtag beschäftigt:

	Objektbetreuung		Reinigung		gesamt	
	VZK	Kopfz.	VZK	Kopfz.	VZK	Kopfz.
Stammkräfte	93,22	95	136,39	273	229,61	368
Befristete					-	-
Aushilfen			7,98	29	7,98	29
	93,22	95	144,37	302	237,59	397

Rund 95 % der Objektbetreuer sind männlich, nur zwei davon arbeiten in Teilzeit. Dagegen sind knapp 91 % der Reinigungskräfte weiblich, keine davon in Vollzeitbeschäftigung.

2.2.6. **Ausbildungsverhältnisse**

Gesamtverwaltung	VZK	Kopfzahlen
<u>nichttechnischer Verwaltungsdienst</u>		
Verwaltungsfachangestellter	24,50	25
Bachelor of Arts	13,00	13
Bachelor of Laws	10,00	10
<u>gewerblich-technischer Bereich</u>		
Amt für Brand- und Katastrophenschutz		
KFZ-Mechatroniker	3,00	3
Brandmeister-Anwärter	16,00	16
Brandoberinspektor-Anwärter	3,00	3
Stadtbücherei		
Fachangestellter für Medien- und Informationsdienste	1,00	1
Gesundheit und Verbraucherschutz		
Hygienekontrolleur	1,00	1
Jugend und Soziales		
Staatl. anerkannter Erzieher	9,00	9
B. A. Soziale Arbeit	3,00	3
Stadtentwicklung, -planung und Bauordnung		
Bauoberinspektor-Anwärter	0,00	0
Geoinformation und Liegenschaftskataster		
Vermessungstechniker	4,00	4
Gebäudewirtschaft		
Bauzeichner (Hochbau)	0,00	0
Elektroniker Fachrichtung Energie- und Gebäudetechnik	1,00	1
Umweltamt		
Tierpfleger	1,00	1
<u>Volontariate</u>		
Pressestelle	2,00	2
Fachbereich Kultur / Museen	2,00	2
	93,50	94

Im 3. Quartal 2019 wurden nach erfolgreichem Abschluss ihrer Ausbildungen insgesamt 13 Personen im nichttechnischen Verwaltungsdienst sowie weitere 13 Brandmeister, ein Fachangestellter für Medien- und Informationsdienste und ein Bauoberinspektor unbefristet in diversen Bereichen der Verwaltung übernommen (vgl. S. 12). Zwei ehemalige Auszubildende im nichttechnischen Dienst haben die Stadt Hagen verlassen.

Am 01.08.2019 haben acht Personen ihre Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten begonnen. Seit dem 01.09.2019 qualifizieren sich außerdem jeweils vier angehende Bachelor of Arts und Bachelors of Laws im dualen Studium für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst. Im technischen und handwerklichen Bereich starteten zum 01.08.2019 Ausbildungen zum KFZ-Mechatroniker, Vermessungstechniker (2 Azubis), Elektroniker und Tierpfleger. Auch für dieses Jahr wurde wieder die dreijährige praxisintegrierte Ausbildung (PIA) zum staatlich anerkannten Erzieher angeboten, hier konnten zum 01.08.2019 vier neue Auszubildende eingestellt werden. Außerdem haben in Kooperation mit der Hochschule Hamm zum 01.09.2019 erstmals drei Studierende ein Duales Studium Soziale Arbeit bei der Stadt Hagen begonnen. Ebenfalls seit dem 01.09.2019 ist im Fachbereich Kultur ein weiterer wissenschaftlicher Volontär beschäftigt.

II. Personalaufwand

1. Begriffsbestimmungen

Personalaufwendungen

Unter Personalaufwendungen sind alle auf Arbeitgeberseite anfallenden Aufwendungen im Zusammenhang mit aktiv Beschäftigten der Kommune zu verstehen. Im engeren Sinne sind dies Aufwendungen in Form von Dienstbezügen und Vergütungen inklusive Lohnsteuer, Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung und Versorgungskassen als sog. Arbeitgeber-Brutto.

Beihilfe

Beihilfen im Sinne der Beihilfeverordnung sind Geldzuwendungen eines öffentlich-rechtlichen Dienstherrn, die dieser zur Erfüllung seiner Fürsorgepflicht an den Beihilfeberechtigten (Beamte, deren Kinder sowie deren Ehepartner, soweit diese nicht selbst sozialversicherungspflichtig sind) zum Teilausgleich der in Geburts-, Krankheits-, Pflege- und Todesfällen entstehenden Kosten gewährt.

Rückstellungen

Rückstellungen sind Verpflichtungen der Gemeinde, die in Bezug auf Höhe oder Fälligkeit am Abschlussstichtag ungewiss sind und deren dazugehöriger Aufwand dem abzuschließenden Haushaltsjahr zugerechnet werden muss. Die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme und die Höhe müssen geschätzt werden. Sie dienen dem Zweck, Aufwand periodengerecht abzubilden. Dies geschieht durch Zuführung an die bilanziellen Rückstellungskonten. Zu den personalbedingten Rückstellungstatbeständen zählen Pensions- und Beihilferückstellungen, Rückstellungen für Altersteilzeit und für Entgeltansprüche aus geleisteten Stundenüberhängen und nicht in Anspruch genommenem Urlaub. Daneben können vereinzelt weitere Zuführungen zu den sonstigen Rückstellungen erforderlich werden.

Erträge

Der Personalkostenblock bildet eine wesentliche Größe im städtischen Haushalt. Dem gegenüber stehen diverse Erträge, die unmittelbar Personalaufwendungen decken. Dies erfolgt zahlungswirksam in Form von Zuweisungen, Zuschüssen und Erstattungen. Daneben ergeben sich nicht zahlungswirksame Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

2. Personalaufwendungen und -erträge

2.1. Gesamtaufwendungen

Personalaufwendungen in der Gesamtverwaltung	Plan 2019	Prognose 2019	Abweichung	
			in Euro	in %
Vorstandsbereich 1	9.495.684	10.172.514	676.830	7,1 %
Vorstandsbereich 2	8.799.144	8.975.665	176.521	2,0 %
Vorstandsbereich 3	48.313.244	52.078.171	3.764.927	7,8 %
Vorstandsbereich 4	32.149.550	34.330.260	2.180.710	6,8 %
Vorstandsbereich 5	30.803.468	30.379.711	-423.757	-1,4 %
übrige	1.948.458	3.323.168	1.374.710	70,6 %
Fortschreibung HSP 2019	2.002.531			
Summe I	133.512.079	139.259.489	5.747.410	4,3 %

zuzüglich:

Aufwendungen für Beihilfen und Rückstellungen	Plan 2019	Prognose 2019	Abweichung	
			in Euro	in %
Beihilfeaufwendungen	2.113.000	1.870.000	-243.000	-11,5 %
Zuführung zur Beihilferückstellung	2.300.000	2.280.000	-20.000	-0,9 %
Inanspruchnahme Beihilferückstellung	-2.070.000	-1.800.000	270.000	-13,0 %
Zuführung zur Pensionsrückstellung	15.000.000	15.000.000	0	0,0 %
Zuführung zur Rückstellung ATZ	0	10.743	10.743	-
Zuführung zur Rückstellung Urlaub/GLZ	0	0	0	0,0 %
Summe II	17.343.000	17.360.743	17.743	0,1 %

Gesamtsumme Aufwendungen	150.855.079	156.620.232	5.765.153	3,8 %
---------------------------------	--------------------	--------------------	------------------	--------------

Im Dezember 2018 hat die Bezirksregierung Arnsberg die vom Rat der Stadt beschlossene Fortschreibung 2019 des Haushaltssanierungsplans gemäß § 6 Abs. 2 des Stärkungspaktgesetzes NRW genehmigt. Bereits mit der Genehmigung zur Fortschreibung 2018 hatte die Kommunalaufsicht ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Anstieg der planerischen Personalaufwendungen trotz teilweiser Refinanzierung nicht mit den Zielen des Stärkungspakts Stadtfinanzen vereinbar sei. Aufgrund der beschlossenen Tariferhöhungen müsse von einer zusätzlichen Belastung ausgegangen werden, die insbesondere für das Jahr 2019 eine Gefährdung für den Haushaltsausgleich darstellt. Laut Genehmigung des HSP 2019 sind unter Verweis auf die Ausführungen zum Vorjahr und zur Eigenkapital- und Verschuldungssituation Politik und Verwaltung der Stadt Hagen gleichermaßen zwingend gehalten, den weiteren Anstieg der Personalaufwendungen möglichst gering zu halten.

Bei der Planung des Doppelhaushaltes 2018/2019 wurden für Besoldungs- und Tarifierhöhungen jeweils pauschal 2 % veranschlagt. Der im Frühjahr 2018 erzielte Tarifabschluss TVöD VKA sieht ab dem 01.03.2018 Erhöhungen von durchschnittlich 3,19 % und ab dem 01.04.2019 um durchschnittlich weitere 3,09 % vor. Die Fortschreibung des HSP 2019 enthält hierfür rd. 2 Mio. Euro an Mehraufwendungen.

Darüber hinaus überschreitet die aktuelle Prognose der Personalaufwendungen 2019 den Planansatz um 4,3 %.

Dies resultiert zum Teil aus weiteren Entgelterhöhungen. Das Tarifverhandlungsergebnis TV-L soll laut Entwurf des Gesetzes zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2019/2020/2021 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen rückwirkend ab dem 01.01.2019 wirkungsgleich auf Beamte, Richter und Versorgungsempfänger übertragen werden. Die Erhöhung der Bezüge in 2019 beträgt dann 3,2 %. Der aus den Besoldungserhöhungen resultierende Mehraufwand beläuft sich inklusive der Sonderzuschläge für Brandmeister-Anwärter auf 700 Tausend Euro für das laufende Haushaltsjahr.

Außerdem ergeben sich höhere Personalaufwendungen aus bei der Haushaltsplanung noch nicht absehbaren Personalbedarfen. So etwa durch die Digitalisierung von Verwaltung und Schulen, die Einrichtung des Waste Watcher-Projekts und die Verfolgung weiterer umwelt- und klimarelevanter Zielsetzungen, die Fortführung der Schulsozialarbeit, die Erweiterung des Kommunalen Integrationszentrums oder den Ausbau der Kindertagespflege. Externe Einstellungen resultieren insbesondere auch aus der Entscheidung, den Anteil des kommunalen Personals im Jobcenter (VB 3) weiterhin sukzessive bis zur Parität aufzustocken. Hierdurch werden die Aufwendungen in 2019 bislang um 1,63 Millionen Euro steigen.

Geringere Personalaufwendungen gegenüber der ursprünglichen Planung werden im Reinigungsbereich (VB 5) prognostiziert. Hier wurde seinerzeit u. a. im Hinblick auf die Anwendung der neuen Eingruppierungsvorschriften der zum 01.01.2017 in Kraft getretenen Entgeltordnung zum TVöD der Personalaufwand pauschal mit Bewertungen in Entgeltgruppe 2 geplant. Zwar wurden eine Reihe von Anträgen auf Höhergruppierung nach der neuen Entgeltordnung gestellt, diese jedoch abschließend negativ beschieden. Die Betroffenen verbleiben in der Entgeltgruppe 1.

Bei den nicht den Vorstandsbereichen zugeordneten Personalaufwendungen weicht die Prognose erheblich von der ursprünglichen Haushaltsplanung ab. Hier wurden die durch Wiederbesetzungssperren maximal zu erzielenden Einsparungen seinerzeit zentral in Abzug gebracht. Die aktuelle Hochrechnung berücksichtigt die bislang tatsächlich erfolgten Besetzungen bei den jeweils betroffenen Vorstandsbereichen.

Bei den Aufwendungen für Beihilfen und Rückstellungen werden zurzeit keine gravierenden Planabweichungen prognostiziert.

Die Auswirkung der Besoldungserhöhung auf die Zuführung zur Pensionsrückstellung 2019 kann aktuell nicht beziffert werden. Ein neues versicherungsmathematisches Gutachten über die Pensions- und Beihilfeverpflichtungen wird bis auf weiteres nicht beauftragt.

Die Gewährung von Altersteilzeit wurde in der Vergangenheit erfolgreich als Mittel zur Förderung der Personalfuktuation eingesetzt. Dabei wurden mehr als 95 % aller Verträge in Form des Blockmodells geschlossen. Die Nutzung der Altersteilzeit zur Fluktuationssteigerung wird seit 2013 nicht weiter verfolgt. Alle ATZ-Arbeitsverhältnisse haben spätestens zum 31.12.2012 begonnen, das letzte endet voraussichtlich im Jahr 2021. Ab 2019 ist für die Zuführung zur ATZ-Rückstellung grundsätzlich kein Haushaltsansatz mehr vorgesehen. Der geringe jetzt in der Prognose ausgewiesene Betrag resultiert aus Änderungen einzelner ATZ-Verträge.

Es ist nach wie vor beabsichtigt, die Rückstellung für Urlaub und Stundenüberhänge langfristig deutlich zu verringern. So sieht die „Dienstvereinbarung über die Verwaltungsschließung an Brückentagen“ (DV Brückentage) vom 20.12.2017 auch für das laufende Jahr insgesamt sechs Schließungstage vor. An den Schließungstagen sind Gleitzeit oder Urlaub einzusetzen. Außerdem ist zum 01.05.2018 die Neufassung der „Dienstvereinbarung über die Arbeitszeit bei der Stadtverwaltung Hagen“ in Kraft getreten. Danach dürfen zum Ende eines jeden Jahres die Gleitzeitkonten maximal + 30 Stunden aufweisen, Übertragungen darüber hinaus ins folgende Jahr sind grundsätzlich ausgeschlossen. Den bestehenden Sonderkonten dürfen keine neuen Guthaben mehr zugeführt werden, ein Abbau der Stunden ist zwingend und zeitnah zu vollziehen. Insgesamt sind die geltenden Regelungen zur Arbeitszeit dazu geeignet, die Überhänge zu reduzieren. In 2018 wurde bis zum Jahresende auch tatsächlich eine Verringerung der Stundenüberhänge erreicht. Die Zahl der nicht genommenen Urlaubstage war jedoch höher als im Vorjahr. Insgesamt wurde so eine erneute Zuführung zur Rückstellung erforderlich. Neben der Einhaltung der DV Arbeitszeit sollte daher bei der Terminierung der Jahresurlaube Grundlage der Planung der jeweilige Jahresurlaubsanspruch und - zumindest ein Anteil - des Urlaubsanspruchs aus Vorjahren sein, um auch hier Überhänge nachhaltig zu reduzieren. Unter dieser Prämisse sieht die aktuelle Prognose für 2019 keine Zuführung zur Rückstellung vor.

2.2. Erträge

Erträge	Plan 2019	Prognose 2019	Abweichung	
			in Euro	in %
zahlungswirksame Erträge				
Zuweisungen	-14.068.706	-16.197.227	-2.128.521	15,1 %
Zuschüsse	-12.500	-77.174	-64.674	517,4 %
Personalkostenerstattungen	-1.535.946	-1.315.995	219.951	-14,3 %
Zwischensumme	-15.617.152	-17.590.396	-1.973.244	12,6 %
nicht zahlungswirksame Erträge				
Auflösung Personalrückstellungen	-2.410.000	-2.890.000	-480.000	19,9 %
Gesamtsumme Erträge	-18.027.152	-20.480.396	-2.453.244	13,6 %

Mit dem Doppelhaushalt 2018/2019 ist es erstmals möglich, verwaltungswweit eine Aussage zu treffen, in welchen Bereichen es Personalkostenrefinanzierungen gibt und wie hoch diese ausfallen. Hierfür sind je nach Ertragsart separate Sachkonten für Zuweisungen, Zuschüsse und Erstattungen eingerichtet worden. Zuweisungen sind Übertragungen finanzieller Mittel innerhalb des öffentlichen Bereiches (Bund, Land, Gemeinden, gesetzliche Sozialversicherer). Zuschüsse sind Übertragungen von unternehmerischen und übrigen Bereichen. Außerdem werden für Personalgestellungen und für die Tätigkeit im Rahmen von Auftragsverhältnissen Erträge aus Personalkostenerstattungen erzielt. Die wesentlichsten Refinanzierungen sind die Zuweisungen vom Bund für das kommunale Personal im Jobcenter, vom Land für die Tagesbetreuung für Kinder sowie Erstattungen von den verbundenen Unternehmen im Rahmen der Personalgestellung. Darüber hinaus gibt es in allen Vorstandsbereichen weitere Erträge wie z. B. für Leistungen für Obdachlose, Kommunales Integrationszentrum, Jugendhilfe, Kinderschutz, Suchtberatung, Schulsozialarbeit, Integrationskurse, Weiterbildung, Musikalische Bildung, Klimaschutz, Klimaanpassung, Untere Umweltschutzbehörde, Breitbandkoordination, Bundesfreiwilligendienst, Schwerbehindertenrecht und Elterngeld.

Gegenüber der Haushaltsplanung weist die aktuelle Prognose insgesamt eine Erhöhung der Erträge aus. Insbesondere im Zusammenhang mit der Aufstockung des kommunalen Anteils im Jobcenter werden korrespondierend zur Erhöhung der Personalaufwendungen bis zum Jahresende auch die Zuweisungen entsprechend höher prognostiziert. Dagegen werden die Personalkostenerstattungen wegen der Beendigung einzelner Personalgestellungen geringer ausfallen. Der Zuschuss für das Europe Direct Büro ist entgegen der ursprünglichen Planung ganz entfallen. In der Prognose ausgewiesen sind jetzt die Zuschüsse für das im Herbst 2018 angelaufene Gesundheitsförderungsprogramm „GEWINN Hagen“ sowie für die Ausgabe der gelben Säcke des neuen Entsorgers durch die Bürgerämter ab 2019.

Neben den Refinanzierungen können sich nicht zahlungswirksame Erträge im Personalbereich aus der Auflösung von Rückstellungen ergeben. Rückstellungen müssen grundsätzlich solange fortbestehen bis die Gemeinde ihre Verpflichtung erfüllt hat oder der Grund für die

Verpflichtung nicht mehr besteht. Nach dem Wegfall des Grundes besteht kein Bedarf mehr für die in der gemeindlichen Bilanz angesetzte Rückstellung und sie wird aufgelöst. Bei den Pensions- und Beihilferückstellungen geschieht dies beispielsweise bei Versetzungen oder im Sterbefall. Eine ergebniswirksame Auflösung einer Rückstellung ist auch dann möglich, wenn die Rückstellung von Anfang an in ihrer Höhe unzutreffend geschätzt worden und zu reduzieren ist.

Die aktuelle Prognose der nicht zahlungswirksamen Erträge sieht 2019 eine höhere Auflösung der Beihilferückstellung voraus.